

Arbeitskampf im Umbruch

Probleme künftiger Streikstrategien

1. Arbeitskampfentwicklung und gewerkschaftliche Gegenmachtfähigkeit

Zurecht ist der Arbeitskampf als »Ernstfall« gewerkschaftlicher Interessenvertretung und organisationspolitischer Funktionsfähigkeit bezeichnet worden.¹ Er ist von daher ein wichtiger Indikator für die reale gewerkschaftliche Gegenmacht. Veränderungen im Arbeitskampfverständnis und in der Streikstrategie reflektieren somit auch tieferliegende neue Tendenzen der gewerkschaftlichen Verarbeitung der Umbruchprozesse. Ein Blick auf die jüngste Streikgeschichte der 80er Jahre kann in mehrfacher Hinsicht Aufschlüsse vermitteln:

- Er verdeutlicht die einschneidenden Veränderungen der Handlungsbedingungen, die aus den krisenhaften Umbruchprozessen in Produktivkräften, Klassenstruktur und Lebensweise der Lohnabhängigen resultieren. Neue Technik und neue Belegschaftsstrukturen stellen den traditionellen Arbeitskampf in Frage.
- Generell ist eine breitere Akzeptanz und Anwendung von Streiks und ähnlichen Kampfformen auch unter neuen Lohnabhängigen zu konstatieren (z. B. Bankangestellte, Lehrer und NDR-Streik). Die Konflikthalte umfassen ein immer weiteres Feld. Zugleich drücken sich in neuen Arbeitskampfformen höhere Ansprüche an Partizipation und Selbsttätigkeit aus, deren Mobilisierung zur Grundlage veränderter Streikkonzepte der

Gewerkschaften wird (IG Metall-Konzept der »Neuen Beweglichkeit«).

– Das Streikthema selbst wird in breitem Maße politisiert, da die gewerkschaftliche Arbeitskämpfungsfähigkeit unmittelbar ins Visier konservativer Angriffe gerückt ist (z. B. Änderung des § 116 AFG, neuere BAG-Rechtsprechung). Die Frage nach der Zukunft des Streiks ist nicht nur Motto wissenschaftlicher und politischer Tagungen, sondern ein Bestandteil der gegenwärtigen gewerkschaftlichen Zukunftsdiskussion, die ja auch eine Strategiedebatte ist.²

Zwischen dem jeweiligen Niveau der Arbeitskämpfentwicklung und der Dynamik gewerkschaftlicher Entwicklung besteht ein enger Zusammenhang. So war der nach den spontanen Septemberstreiks 1969 einsetzende Aufschwung offizieller gewerkschaftlicher Streiks (1971–1974) zugleich eine Phase großer Mitgliedergewinne und innovativer tarif- und reformpolitischer Vorstöße. Umgekehrt ist eine Flaute an der Streikfront – wie nach 1975 oder auch in den Jahren nach den Streiks von 1984 – zumeist von stagnativen Erscheinungen in der Gewerkschaftsbewegung, oftmals sogar gekoppelt mit zugespitzten inneren Auseinandersetzungen, begleitet.

Die offizielle Statistik gibt nur einen Teil der Arbeitskämpfrealität wieder, da sie nur unzureichend spontane Aktionen und gewerkschaftliche Warnstreiks erfaßt.³ Dennoch zeigen diese Daten innerhalb eines insgesamt diskontinuierlichen Verlaufsbildes der letzten zwanzig Jahre seit den Septemberstreiks markante Höhepunkte an, die zum Teil den Charakter exemplarischer gesellschaftlicher Machtauseinandersetzungen trugen: 1971 (Streik und Aussperrung in der Metallindustrie), 1973/74 (Streiks in der Metallindustrie und im öffentlichen Dienst), 1978/79 (Streiks und Aussperrungen in der Druck-, Metall- und Stahlindustrie) sowie 1984 (Streiks in der Druck- und Metallindustrie, hier auch Aussperrungen). Die Ergebnisse solcher exemplarischer Konflikte (Lohnpolitik, Rationalisierungsschutz, Arbeitszeitverkürzung) waren häufig von einem schnellen und breiten Verallgemeinerungsprozeß in anderen Bereichen begleitet.

Tab.: Streiks und Aussperrungen 1969–1987

Jahr	Streiks ¹ Beteiligte Arbeitnehmer	Aussper- ² Ausgefallene Arbeitstage	Streiks und Aussperrungen Betroffene Arbeitnehmer 1000	Streiks und Aussperrungen Ausgefallene Arbeitstage
1969	90	249	0,0	249
1970	184	93	–	93
1971	334	2599	202	4484
1972	23	66	–	66
1973	179	545	–	545
1974	250	1051	–	1051
1975	36	69	–	69
1976	117	412	52	534
1977	34	24	–	24
1978	299	2548	188	4281
1979	63	405	15	483
1980	45	128	–	128
1981	253	58	–	58
1982	40	15	–	15
1983	94	41	–	41
1984	399	2921	172	5617
1985	78	35	–	35
1986	116	28	–	28
1987	155	33	–	33

1 Einschließlich gleichzeitiger Aussperrung

2 Ohne gleichzeitige Ausfälle durch Streiks

Quelle: Statistisches Taschenbuch, Arbeits- und Sozialstatistik, hrsg. vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Tab. 3.4.

In den achtziger Jahren sind folgende neue Tendenzen sichtbar:

– Der Warnstreik während einer Tarifbewegung wurde in vielen Gewerkschaftsbereichen zu einem akzeptierten und häufig angewandten Kampfmittel. 1981 praktizierte die IG Metall das erste Mal systematisch ihr neues Mobilisierungskonzept einer »Neuen Beweglichkeit«, in dessen Verlauf ca. 3 Millionen Be-

schäftigte an Warnstreiks und anderen Aktionen teilnahmen.⁴ In den folgenden Jahren wurden insbesondere im Organisationsbereich der Gewerkschaft HBV Warnstreiks immer häufiger eingesetzt.

– Als nicht eigenständiges, von der Tarifpolitik der Gewerkschaften nicht erfaßtes Kampffeld erwiesen sich die zunehmenden Widerstandsaktionen gegen Arbeitsplatzvernichtung, die zwar auch schon im Gefolge konjunktureller Krisenphasen 1966/67 und nach 1975 registriert werden konnten, in den achtziger Jahren aber einen erheblichen Aufschwung nahmen und sich weitgehend auf die neuen strukturellen Krisenbranchen (insbesondere Stahl und Werften) konzentrierten. Zu diesen – von der offiziellen Statistik auch zumeist nicht erfaßten – Aktionen zählen sowohl betriebliche Streiks, Demonstrationen als auch Blockaden und Betriebsbesetzungen, in denen ein neuer Typ an Militanz und Politisierung von Arbeitskämpfen hervorsieht. Die Zuspitzung dieses Widerspruchs- und Konfliktfeldes, die nicht zuletzt in den Stahlkämpfen von Hattingen und Rheinhausen sichtbar wurde, ließ die Struktur- und Regionalpolitik für die Gewerkschaften zu einer wichtigen neuen Aufgabe werden.

– Zum dominierenden Thema der tariflichen Arbeitskämpfe und Bewegungen der 80er Jahre wurde die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung. Die Verlagerung des Schwerpunktes in der Tarifpolitik auf qualitative Komponenten der Arbeitsbedingungen und -beziehungen – neben der Arbeitszeitverkürzung vor allem Forderungen nach Rationalisierungsschutz, wobei Einkommensforderungen eine Grundkonstante bleiben – ist eine Reaktion auf die Umbrüche in der Arbeit und das Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Nachdem der erste Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche 1978/79 in der Stahlindustrie gescheitert war, wurden die parallelen Streiks 1984 in der Druck- und Metallindustrie gleichzeitig zu einem Widerstandskampf gegen eine Neuordnung der gesellschaftlichen und politischen Machtverhältnisse, die das Kapital und der konservative Block seit Beginn der 80er Jahre eingeleitet hatten.⁵ Nach den partiellen Erfolgen der Gewerkschaften, den sich anschließenden und von

einer breiten politischen Mobilisierung begleiteten Auseinandersetzungen um das Streikrecht (§ 116 AFG) und einer erneuten Arbeitskampfvorbereitung in der Tarifrunde 1987 wurde ein Sozialkompromiß geschlossen, der in widersprüchlicher Weise ein neu-austariertes Kräfteverhältnis fixierte, das gleichermaßen die gestärkten Positionen des Kapitals wie die relative Stabilität gewerkschaftlicher Gegenmacht ausdrückte.⁶ Zugleich zeigten alle Tarifkonflikte um Arbeitszeitverkürzung – und zwar in sämtlichen Bereichen, wo solche Forderungen aufgestellt wurden –, daß die Gewerkschaften mit Flexibilisierungszielen des Kapitals konfrontiert wurden. Diese stellen nicht nur einen taktischen Gegenentwurf, sondern ein umfassendes Programm der Neustrukturierung der Arbeits-, Sozial- und Klassenbeziehungen dar, durch das kollektive Schutzrechte aufgelöst und die Basis gewerkschaftlicher Handlungs- und Streikfähigkeit entzogen werden sollen.⁷

Trotz aller neuen Momente kann bei einer Betrachtung der Arbeitskämpfentwicklung der 80er Jahre nicht übersehen werden, daß diese nach wie vor ihren eindeutigen Schwerpunkt in den traditionellen Bereichen der Druck-, Metall- und Stahlindustrie hat, während manche andere Sektoren wie etwa die Chemieindustrie fast vollständig wirtschaftsfriedlich und sozialpartnerschaftlich geprägt sind. Gleichwohl haben diese kampfstarken Bereiche in starkem Maße die Dynamik der Gewerkschaftsentwicklung bestimmt und strahlen damit in die gesamte Arbeiterbewegung aus. Die Zukunft des Arbeitskampfes wird in hohem Maße dadurch mitentschieden werden, wie es den Gewerkschaften gelingt, die neuen Bedingungen des Umbruchs in realistischen Handlungskonzepten zu verarbeiten und dabei die gewonnenen Kampferfahrungen zu nutzen.

2. Arbeitskampf als soziale Bewegung

Seit den 70er Jahren ist ein starker Wandel im Arbeitskampfverständnis festzustellen. Für das traditionelle Streikmodell der DGB-Gewerkschaften ist zweierlei charakteristisch: Erstens wird die rechtliche »Einmauerung« des Streiks hingenommen, die vor allem auf dem durch die BAG-Rechtsprechung fixierten »Ultima-ratio«-Prinzip basiert, nach dem der Streik nur als allerletztes Mittel eingesetzt werden darf. Dies führt zu einer defensiven und reaktiven Streikanlage. Zweitens ist ein eher passives Streikverständnis bestimmend, nach dem begrenzte Schwerpunktstreiks, zum Teil auch Flächenstreiks, im wesentlichen durch einige Streikposten getragen und für die Masse der Beschäftigten als »Fernseh«- oder »Tapetenstreiks« (zur Renovierung der Wohnung) wahrgenommen werden. Veränderungen sind in mehrfacher Hinsicht auszumachen:⁸

– Elemente eines aktiven Streiks haben an Bedeutung gewonnen. Dazu gehören die Versuche, breitere Teile der Belegschaften, aber auch die Familienangehörigen in den Kampf einzubeziehen, wie auch die Ausdrucksformen einer »neuen Kultur der Gegenwehr«, die Aktionselemente der außerparlamentarischen Bewegungen aufnimmt.

– Der traditionelle Schwerpunktstreik wird mit Warnstreikwellen und Sympathiestreiks in anderen Organisationsbereichen sowie weiteren Aktionsformen (Demonstrationen, Kundgebungen etc.) verbunden.

– Insbesondere die IG Druck und Papier entwickelt Konzepte einer »flexiblen Kampftaktik«, die auf einer Kombination von Wechselstreiks, rollierenden Abteilungsstreiks, Streiks am Arbeitsplatz und anderen Formen beruhen, mit denen jeweils für den Produktionsablauf zentrale Betriebsteile bzw. Produktionsstufen mit Überraschungseffekten getroffen werden sollen. Sie setzen in hohem Maße sowohl Disziplin und zentrale Planung wie Initiativefähigkeit und Spontaneität voraus und sind durch ihre Flexibilität und Unberechenbarkeit darauf ausgerichtet, Streikbruch und Aussperrung zu erschweren.

– Unterhalb der Schwelle eines Erzwingungsstreiks zielt das IG Metall-Konzept der »Neuen Beweglichkeit« auf eine breite Mobilisierung durch gewerkschaftlich organisierte Warnstreiks, Demonstrationen und vielfältige öffentlichkeitswirksame Aktionen, um hierdurch einen möglichst großen öffentlichen und politischen Druck auszuüben.⁹

Sicherlich spielte die Frage der gesellschaftlichen Resonanz eines Streiks immer eine Rolle in der gewerkschaftlichen Strategie. Dennoch erhält die Fähigkeit der Gewerkschaften, einen Arbeitskampf als soziale Bewegung anzulegen, d. h. also die Belegschaften umfassend zu aktivieren, ein breiteres gesellschaftliches Umfeld zur Unterstützung zu gewinnen und dem Streik eine gesellschaftspolitische Dynamik zu verleihen, unter heutigen Bedingungen einen besonderen Stellenwert.

Dies hat mehrere Ursachen, die mit strukturellen Veränderungen des krisenhaften Umbruchs und einer aggressiven Kapitalstrategie zusammenhängen: Die Politisierung eines Arbeitskampfes gewinnt in vieler Hinsicht ein größeres Gewicht. Oftmals wird der ökonomische Druck eines Streiks unter Bedingungen der Massenarbeitslosigkeit und neuer technologischer Streikbruchmöglichkeiten relativiert. Demgegenüber erfährt die politisch-ideologische Dimension eine Aufwertung. Alle größeren Tarifkonflikte wie auch andere soziale Auseinandersetzungen z. B. um Arbeitsplätze und Standorte (vgl. Rheinlanden) werden von breiten Öffentlichkeitsreaktionen begleitet, die durch den massiven Einsatz der ideologischen Apparate der herrschenden Klasse beeinflusst werden. Dies verlangt von den Gewerkschaften die Mobilisierung einer Gegenöffentlichkeit, die im Betrieb beginnt und den Kampf um Einfluß auf die Massenmedien einschließt. Eine solche Breitenwirksamkeit der ideologischen Arbeit und Aktivitäten ist auch deshalb notwendig, weil neben der betrieblichen Meinungsbildung (über Vertrauensleute, Betriebsräte etc.) die Prägekraft außerbetrieblicher Faktoren – der Medien, des Wohn- und Freizeitmilieus usw. – heute eine größere Bedeutung besitzt. Dies gilt insbesondere für Angestellte, aber auch für die anwachsende Gruppe von Lohnabhängigen außerhalb fester Belegschaftszusammen-

hänge (Teilzeitbeschäftigte usw.). Neben dem weiterhin zentralen Standbein gewinnt somit für die Arbeitskampfstrategie die Mobilisierung der sozialkulturellen Netzwerke und das Bündnis mit den außerparlamentarischen Bewegungen eine neue Bedeutung. Die Orientierung auf solche Bündnisse erhielt zusätzliche Plausibilität dadurch, daß zu Beginn der 80er Jahre die außerparlamentarischen Aktionen insbesondere der Friedensbewegung einen ungeheuren Aufschwung nahmen und die Gewerkschaften auf ihrem Höhepunkt im Herbst 1983 erstmals mit demonstrativen Arbeitsniederlegungen nach einer politischen Streikdebatte eigene Akzente setzten.

Eine Schlüsselrolle für die Politisierung der gewerkschaftlichen Arbeitskempfkonzeppte spielen die Erfahrungen einer zunehmenden Aussperrungsmilitanz der Unternehmer (1971, 1976, 1978/79 und 1984). Reduzierte sich früher die gewerkschaftliche Reaktion auf Proteste und dann auf Verbotsforderungen, so entwickelten sich seit Mitte der 70er Jahre insbesondere auf Initiative der IG Druck und Papier Formen aktiver Gegenwehr bis zur Betriebsbesetzung und einer breiten politischen Solidaritätsbewegung. Im Arbeitskempf 1984 war dann der Kampf gegen die Aussperrung zum ersten Mal integraler Bestandteil der Mobilisierungs- und Streikstrategie in der Druckindustrie und teilweise auch in der Metallindustrie. Die verschiedenen neuen Momente eines Arbeitskempfverständnisses und einer politischeren Streikanlage sind vor dem Konflikt 1984 am pointiertesten von Hans Janßen (damals Vorstand der IG Metall) in der Orientierung zusammengefaßt worden: »Eine soziale Bewegung ist notwendig.«¹⁰ In der Realität waren dann allerdings unterschiedliche Streikansätze zwischen IG Druck und Papier und IG Metall und vor allem innerhalb der Metallgewerkschaft festzustellen:¹¹

– Der IG Metall-Bezirk Stuttgart schätzte die Möglichkeiten, eine breite soziale Bewegung zu entwickeln, ungünstig ein und konzentrierte die Mobilisierung im wesentlichen auf die Betriebe. Das Streikkonzeppt sollte mit minimalem Einsatz in wenigen Zulieferbetrieben der Automobilindustrie maximale ökonomische Wirkung erzielen.

– Der IG Metall-Bezirk Frankfurt versuchte durch eine breitere Streuung der Streikzentren und der einbezogenen Gruppen die Voraussetzungen für eine gesellschaftspolitische Mobilisierung zu verbessern.

Grenzen zeigten sich für beide Streikansätze. Auf der einen Seite erforderte die als Reaktion auf die Stuttgarter Streiktaktik verhängte »kalte Aussperrung« der meisten Automobilkonzerne unabdingbar eine ebenfalls bundesweite gewerkschaftliche Mobilisierung und Solidaritätsbewegung. Auf der anderen Seite blieb die Verbreiterung einer solchen sozialen Bewegung und ihre Politisierung in dieser Situation hinter den Erwartungen zurück. Die Verarbeitung dieser Erfahrungen und die neue Situation durch die Änderung des § 116 AFG, die die »kalte Aussperrung« zu einer noch schärferen Waffe der Unternehmer machte, mußte zu einer Integration und Weiterentwicklung der unterschiedlichen Streikansätze beitragen. In Vorbereitung des erneuten Arbeitszeitkonflikts in der Metall- und Druckindustrie 1987 war das Mobilisierungskonzept von vorneherein darauf angelegt, die Tarifbewegung in eine breite soziale Bewegung gegen Massenarbeitslosigkeit und Aussperrung, für die 35-Stunden-Woche einzubetten. Auf die Situation einer heißen oder kalten Aussperrung sollte mit einer breiten gesellschaftlichen Solidaritätsbewegung geantwortet werden, die u. a. Patenschaften zwischen Gewerkschaftsgruppen bzw. Solidaritätskomitees und potentiell ausgesperrten Belegschaften als Teil eines »Netzes des Widerstandes und der Solidarität« (DGB-Beschluß) einschloß. In ausgesperrten Betrieben sollten Belegschaften kollektiv ihre Arbeitskraft anbieten und damit an schon früher praktizierte Formen faktischer Besetzungen anknüpfen. Dies hätte eine politische Dynamik freisetzen können, die damit einen Arbeitskampf für die Unternehmer riskanter und unkalkulierbarer machen würde. Zweifellos wirkte schon diese potentielle Anlage eines »Arbeitskampfes als soziale Bewegung« als Druckmittel und konsensförderndes Moment im Tarifkonflikt 1987.

Die Veränderungen im Arbeitskampfverständnis schließen notwendigerweise Auswirkungen schon für die Anlage künftiger Tarifbewegungen ein, zu deren Essentials u. a. gehören

könnten¹²: Kampf um Herstellung betrieblicher Öffentlichkeiten als entscheidender Ausgangsbasis, der Aufbau kommunaler, betriebs- und arbeitsbezogener Öffentlichkeiten zur Mobilisierung eines solidarischen Umfeldes, die Aktion eines sozialen und kulturellen Bündnisses mit außerparlamentarischen Bewegungen sowie die Organisation einer Tarifbewegung als öffentlicher Dialog, was eine stärkere Einbeziehung der Betroffenen mit plebiszitären Elementen bei der Ziel- und Konzeptbestimmung sowie neue Formen der öffentlichen Aufklärung etwa durch Hearings mit Expertengutachten »Warnstreiks als teach-ins« usw. beinhalten kann.

3. Die neue Militanz betrieblicher Abwehrkämpfe

Entscheidende Impulse für die Diskussion von Arbeitskampfstrategien sowie eine politische Erweiterung gewerkschaftlicher Handlungsfelder entwickelten sich aus den betrieblichen Abwehrkämpfen gegen Arbeitsplatzvernichtung. Dabei ist die Spezifik dieses Kampftypus zu beachten:

- Die Unterstützung betrieblicher Abwehrkämpfe wirft für die Gewerkschaften schwierige Probleme auf, da Streiks außerhalb der Friedenspflicht oder etwa Kampfformen wie Betriebsbesetzungen nach der gegenwärtigen Rechtslage verboten sind und die Gewerkschaften damit bei offener Unterstützung Schadensersatzforderungen von Unternehmern riskieren. Dieser Konflikt durchzieht alle Bewegungen dieser Art und schafft ein Spannungsverhältnis zwischen betrieblichen Initiativkräften und der für einen erfolgreichen Verlauf objektiv notwendigen Koordinierung durch die gewerkschaftlichen Zentralorgane.
- Bei betrieblichen Abwehrkämpfen – dies gilt weitgehend auch für spontane Streiks – existieren keine vorgegebenen Handlungsmuster wie bei Tarifstreiks. Dies erleichtert zum Teil die Durchbrechung ritualisierter Ablaufsformen und Erpro-

bung neuer Kampfformen wie Blockaden (von Zufahrtsstraßen, Verkehrsknotenpunkten, Brücken etc.) oder Betriebsbesetzungen. Unmittelbar auslösendes Moment des Widerstandes von Belegschaften ist häufig die Verletzung sozialpartnerschaftlicher Konfliktlösungsformen durch das Kapital. Die Bewußtseinsprozesse der Beteiligten verlaufen zumeist intensiver als im ritualisierten Tarifkampf und können sich rasch radikalisieren, ohne dabei vor einem schnellen Wechsel in resignative Apathie aufgrund insgesamt geringer Erfolgschancen geschützt zu sein. Militanz wird zu einem eigenen politischen Druckmittel in diesen Bewegungen.

Betriebliche Abwehrkämpfe gegen Massenentlassungen und Produktionsstillegungen haben jeweils im Gefolge von konjunkturellen und strukturellen Krisenprozessen sprunghaft zugenommen. Anfang der 80er Jahre stieg die Anzahl der an betrieblichen Streiks gegen Arbeitsplatzvernichtung Beteiligten von 42 Tsd. (1980), 63 Tsd. (1981), 134 Tds. (1982) auf 345 Tds. (1983), um dann nach einem Rückgang 1984/85 wieder erneut anzusteigen.¹³ Schon Mitte der 70er Jahre bewirkten militante Aktionen bis zu Betriebsbesetzungen bei Enka Wuppertal, Demag Kalletal und Seibel Erwitte Schlagzeilen.¹⁴ Anfang der 80er Jahre erfuhren Betriebsbesetzungen bei VDM Frankfurt und Videocolor Ulm und dann vor allem 1983 auf den Werften HDW Hamburg und AG Weser Bremen eine gewachsene öffentliche Resonanz.¹⁵ Die Zahl der besetzten Betriebe war von 3 (1980), 6 (1981), 10 (1982) auf 16 (1983) gestiegen.¹⁶

Nach den Auseinandersetzungen auf den Werften verlagerte sich der Konfliktherd Mitte der 80er Jahre in die Stahlindustrie. Neben der Maxhütte in der Oberpfalz stehen die Henrichshütte in Hattingen und Krupp-Rheinhausen in Duisburg für einen neuen Typ des Abwehrkampfes, der durch enorme Öffentlichkeitsresonanz und breite Einbeziehung der Bevölkerung, eine Vielfalt von phantasievollen Aktionsformen und eine neue Radikalität und Militanz charakterisiert ist.¹⁷ Während im Betrieb Aktionsformen wie Arbeitsniederlegungen, Belegschaftsdiskussionen, kollektive Besuche anderer Belegschaften usw. flexibel abwechselten, wurden gleichzeitig die kommunale

und regionale Öffentlichkeit zu eigenständigen Handlungsfeldern des Widerstandes. Eine unverzichtbare unterstützende, z. T. sogar initiierende Rolle nahmen dabei Solidaritätskomitees vor Ort mit einer breiten politischen Zusammensetzung, teilweise auch Frauen- und Jugendinitiativen, ein.

Während die Gewerkschaften in den Tarifikämpfen der 80er Jahre zumindest partielle Erfolge erzielen konnten, sind die Abwehrbewegungen in den Krisenregionen und -branchen der letzten Jahre – von der spektakulären Werftbesetzung in Hamburg bis zu den massenhaften Blockadeaktionen in Rheinhausen – durch einen Widerspruch geprägt: durch die Kluft zwischen Dynamik, Militanz und Echo des Kampfes und seinen Ergebnissen. Denn gemessen an den Zielen der Abwehrkämpfe – Erhalt der Standorte und Arbeitsplätze – sind die materiellen Resultate als Niederlagen zu werten. Immerhin konnten in fast allen Fällen der Zeitplan des Kahlschlags gebremst und sein Umfang reduziert werden sowie Sozialplanregelungen verbessert und zum Teil Maßnahmen für Ersatzarbeitsplätze vereinbart werden. Auch Massenentlassungen wurden verhindert. Selbst bei ausbleibendem materiellem Erfolg geht das Widerstandsniveau der Belegschaften in die ökonomische und politische Kostenkalkulation und Strategiebildung des Kapitals ein. Der »Bremsseffekt« anhaltenden Widerstandes, die massive Störung des »sozialen Friedens« und die Beispielswirkung der Gegenwehr sind Faktoren, die die Entwicklung und Austragungsformen der Klassenbeziehungen generell beeinflussen.

Auch verloren gegangene Abwehrkämpfe sind ein Element des widerspruchsvollen Formierungsprozesses der Arbeiterklasse. Eine solche neue politische Dynamik könnte dann ausgelöst werden, wenn es in der Verarbeitung dieser Bewegungen gelingt, Desorientierungen in politisch-strategischen Fragen und im Bewußtsein der Arbeiterklasse zurückzudrängen und durch neu ausgelöste Lern- und Klärungsprozesse Weichenstellungen für künftige Auseinandersetzungen zu ermöglichen.

Eine zentrale Schwäche der betrieblichen Abwehrkämpfe besteht darin, daß es nicht oder nur in Ansätzen gelang, eine standortübergreifende Bewegung um struktur- und regionalpo-

litische Alternativen zu entwickeln. Für eine solche Koordinierung und Vereinheitlichung des Widerstandes besitzen faktisch die Gewerkschaften, und hier vor allem ihr zentraler Vorstand und Apparat, eine nicht ersetzbare Schlüsselstellung, die sie in der Realität nicht wahrgenommen haben.

Das Eingreifen und Wirken der Gewerkschaften und ihres hauptamtlichen Apparates vor Ort ist in den einzelnen Konflikten unterschiedlich zu bewerten. Während die IG Metall in Hattingen vorbildhaft den Kampf der Belegschaft und der ganzen Region organisierte und innergewerkschaftlichen Aktionsdruck entfaltete, blieben die örtlichen Gewerkschaftsorgane im Hamburger HDW-Konflikt und in Duisburg-Rheinhausen weit hinter den Anforderungen zurück. Insbesondere dort, wo die offiziellen Gewerkschaftsorgane eher eine blockierende Rolle spielten, entstanden vielfach horizontale Strukturen der Information, Kommunikation und politischen Abstimmung unter den Betriebsaktiven. Solche informellen Querstrukturen mit ganz unterschiedlichen Ausprägungen wurden in der Regel gebildet, um betriebsegoistische Einengungen des Abwehrkampfes zu vermeiden und eine Koordinierung von unten in Gang zu setzen. Probleme treten dann auf, wenn auf Dauer damit Konkurrenzstrukturen zu den Gewerkschaftsorganen entstehen und oppositioneller Basisdruck an den Gewerkschaften vorbei gelenkt wird, anstatt zur Triebkraft innergewerkschaftlicher Veränderung zu werden.

Der Rückblick auf die innergewerkschaftliche Verarbeitung der Abwehrkämpfe zu Beginn der 80er Jahre zeigt zumindest zwei Fortentwicklungen:

- Die Durchsetzung des Vergesellschaftungsbeschlusses der IG Metall auf ihrem 14.o. Gewerkschaftstag in München 1983, die Entwicklung des Stahlpolitischen Programms und später die Konstituierung eines »Stahlaktionsausschusses« sind ein Ergebnis dieser Kämpfe und des koordinierten Zusammenwirkens der aktiven Gewerkschafter dieser Branche. Damit zeigte sich, daß auch innergewerkschaftlich vor allem von den Krisenzentren ein besonderer Politisierungsdruck ausging.
- Ebenfalls auf diesem Gewerkschaftstag 1983 war ein Initiativ-

antrag (»Widerstand gegen die Massenarbeitsplatzvernichtung bei der AG, Weser, HDW u. a.«) angenommen worden, in dem der IG Metall-Vorstand aufgefordert wurde, über »mögliche weitergehende Formen des gewerkschaftlichen Widerstandes« nachzudenken. Ergebnis war dann eine umfangreiche Positionsbestimmung des Beirats der IG Metall vom 12. 3. 1985, in der eine zurückhaltende Bewertung von Betriebsbesetzungen, jedoch eine breite Skala von Aktionsformen, regionale überbetriebliche Vernetzung und Herstellung einer außerbetrieblichen Öffentlichkeit als Instrumente des Abwehrkampfes angegeben werden, die ein neues Verständnis des Arbeitskampfes im Sinne einer »sozialen Bewegung« ausdrückte. Als politisch-strategische Zielsetzung wurde anvisiert: »Erweiterte gewerkschaftliche Handlungsperspektiven, die Ergänzung des betrieblichen Abwehrkampfes gegen Arbeitsplatzvernichtung durch gemeinsamen Widerstand auf überbetrieblicher Ebene, müssen Hand in Hand gehen mit erweiterten gewerkschaftlichen Forderungsperspektiven, mit der Ergänzung von defensiven Schutzforderungen zum Erhalt vorhandener Arbeitsplätze durch offensive Gestaltungsformen nach Schaffung von zukunftssicheren Ersatzarbeitsplätzen.«¹⁸

Konkretisierte Konzepte von »Beschäftigungsgesellschaften« und die Neubegonnene Diskussion über eine demokratisch, ökologisch und sozial orientierte Struktur- und Regionalpolitik sind zweifellos wichtige Schritte in der notwendigen Präzisierung unmittelbarer Alternativen zu den jeweiligen Arbeitsplatzvernichtungsplänen des Kapitals und von Reformperspektiven. Dies zählt mit zu den wichtigen Resultaten der Werften- und Stahlabwehrkämpfe der 80er Jahre.¹⁹ Ohne die Aufnahme und Verstärkung der lebendigen Impulse des Widerstandes in den Betrieben bleibt eine solche Reformstrategie allerdings illusorisch. Dies verlangt u. a. die Bereitschaft und Fähigkeit der Gewerkschaften, entsprechende Durchsetzungsstrategien zu entwickeln und aus den realen betrieblichen Konflikten eine politische Bewegung zu formieren – eine Aufgabe, der sich die IG Metall insgesamt in den zurückliegenden Kämpfen nur unzureichend gestellt hat.

4. Technologischer Umbruch und künftige Streikfähigkeit

Die technologischen Umbruchprozesse wie die damit verbundenen sozialen Umschichtungen in den Belegschaften verändern erheblich die Voraussetzungen für die Streikfähigkeit der Gewerkschaften.²⁰ Computergesteuerte Planung, Verwaltung und Produktion geben heute vielfältige Möglichkeiten der gezielten Verlagerung von Produktionsprozessen, des flexiblen Ausweichens auf andere nationale oder sogar internationale Standorte. Streiks können so mit zum Teil weltweiten Datenverbundsystemen von Konzernen durch die Übertragung von Fertigungsdaten und -programmen in andere Werke oder durch Liefersubstitution unterlaufen werden. Der zunehmende Einsatz der EDV ermöglicht eine Zentralisierung von »Produktionswissen« auf oberen Hierarchieebenen im Unternehmen, erschafft Voraussetzungen für eine umfassende Kontrolle der Arbeitenden etwa über Personalinformationssysteme und erleichtert damit den Streikbruch. Strategisch wichtige Abteilungen – so etwa die zentrale EDV in einem Automobilkonzern im Arbeitskampf 1984 – können ausgelagert werden.

Bekanntestes Beispiel für die Verdrängung einer qualifizierten Belegschaftsgruppe, die zu den vormaligen Hauptträgern gewerkschaftlicher Organisation und Streikfähigkeit gehörte, sind die Setzer in der Druckindustrie, deren Stellung mit der Einführung integrierter elektronischer Text- und Satzsysteme untergraben wurde. Auf der Grundlage dieser neuen Technologien konnten die Unternehmer mit Hilfe von Leitungskräften und von angelernten Schreibkräften auf breiter Front Streikbruch praktizieren, so daß die ökonomische Wirksamkeit des Arbeitskampfes begrenzt blieb. Diese Erfahrung bildet den Ausgangspunkt aller neuen Diskussionen über flexible Kampfformen in der IG Druck und Papier, die nach den Streiks 1984 zu den Überlegungen eines Arbeitskampfes im Betrieb und am Arbeitsplatz weiterentwickelt wurden, um Streikbruch am »Tatort« möglichst zu verhindern.²¹

8

Der Umbruch in den Produktivkräften und im Gefolge die Veränderungen in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und in den Qualifikationsstrukturen führen zur Herausbildung neuer Belegschaftstypen mit zunehmendem Gewicht von Angestelltentätigkeiten und darunter wissenschaftlich-technischer Fachkräfte, die in der Regel nur schwach organisiert sind oder wie viele High-Tech-Unternehmen sogar völliges organisationspolitisches Neuland darstellen. Aber auch das Ansteigen an befristeten und Teilzeitarbeitsverhältnissen, ganz zu schweigen von der Praxis der Leiharbeit und des Fremdfirmeneinsatzes, erschwert die Integration der unterschiedlichen Belegschaftsgruppen in eine einheitliche Interessenvertretung und die Entwicklung von Streikbereitschaft.²²

Strategien des Kapitals und des Staats setzen an diesen strukturellen Veränderungen an und zielen auf den Versuch »arbeitskampfsichere« Bereiche zu schaffen. Durch organisatorische und unternehmensrechtliche Umstrukturierungen wie Betriebsaufspaltungen, Fusionen usw. werden oft »gewachsene« Interessenvertretungsstrukturen zerstört, um arbeitskampfrelevante Bereiche zu isolieren. So wurden im Zuge einer Neuorganisation im General-Motors-Konzern sämtliche Datenverarbeitungsaktivitäten in einem eigenen Unternehmen (EDS) weltweit zentralisiert, um dieses Herzstück des Weltkonzerns streiksicher zu machen und der Interessenvertretung in den bisherigen Unternehmen zu entziehen. Die erfolgreichen punktuellen Streiks in den Rechenzentren mehrerer Banken während des Bankentarifkonflikts 1987 – getragen vor allem von gut organisierten Operators und Programmierern – werden ähnliche Überlegungen im Kapitallager eher noch befördern.

Eine Vorreiterrolle bei solchen Versuchen nimmt der Staat ein, der durch eine gezielte Verbeamtung von Beschäftigten in streiktaktisch relevanten Bereichen z. B. bei der Post »arbeitskampffreie Zonen« (Datenverarbeitung und -übertragung, Briefverteilungsanlagen usw.) schaffen will. Das BAG-Urteil vom 10. 9. 1985, das den Streikbrucheinsatz von Beamten im Poststreik 1980 sanktioniert, begünstigt diese subtile personalpolitische Strategie zur Aushöhlung gewerkschaftlicher Streikfähigkeit im öffentlichen Dienst.²³

Dort, wo technologisch-arbeitsorganisatorische Entwicklungen die Störanfälligkeit zu Lasten der Unternehmer erhöht haben, versuchen Kapital und konservative Regierung, die rechtlichen Rahmenbedingungen für Streiks zuungunsten der Gewerkschaften zu verändern. Mit der Zunahme der elektronischen Vernetzung zwischen den Betrieben und von kostensparenden materialwirtschaftlichen Logistiksystemen nach dem »Just-in-time«-Prinzip wurden solche Unternehmen anfälliger für Streiks bei Lieferfirmen.²⁴ Bekanntlich machte sich das IG Metall-Streikkonzept 1984 diese Achillesferse der Rationalisierungspolitik des Kapitals zunutze, worauf die Unternehmer mit bewußten Produktionseinstellungen, der »kalten Aussperrung« von hunderttausenden Beschäftigten, reagierten. Diese Waffe der Unternehmer wurde durch die von der konservativen Regierung durchgesetzte Novellierung des § 116 AFG 1986 weiter geschärft, da in Zukunft für kalt Ausgesperrte Arbeitslosen- oder Kurzarbeitergeld verweigert wird und damit jeder Streik unter solchen Bedingungen zu einem finanziellen und organisationspolitischen Existenzrisiko für die Gewerkschaften werden muß.

Die Gewerkschaften reagierten auf diese neue Situation erstmals im Tarifkonflikt 1987 um die Arbeitszeit unter anderem mit der Vorbereitung einer breiten überbetrieblichen Solidaritätsbewegung für den Fall der Aussperrung, um durch eine Politisierung des »Arbeitskampfes als soziale Bewegung« Druck zu entfalten. Es ist allerdings unübersehbar, daß die erschwerten arbeitskampfrechtlichen, politischen und ökonomischen Konstellationen den Druck innerhalb der Gewerkschaften in Richtung einer Kompromißfindung im Tarifkonflikt enorm verstärkt haben, so daß die Frage der tatsächlichen Streikfähigkeit unter den neuen Bedingungen offen bleiben muß.

5. Elemente eines neuen Arbeitskämpftypus

Soll die Unternehmervision vom »unbestreikbaren Betrieb« nicht wahr werden, dann werden die Gewerkschaften auch weiterhin ihre Arbeitskämpfungskonzeptionen und -praxis fortentwickeln müssen. Die Grenzen des klassischen Streiks und die Elemente eines neuen Arbeitskämpftypus sind bisher in mehrerer Hinsicht erkennbar geworden:

– Die dargestellten Streikkonzepte reflektieren in jeweils spezifischer Weise die Bedingungen des Produktivkraftumbruchs und eines hohen Vergesellschaftungsniveaus. Angesichts kapitalintensiver moderner Produktionsverfahren, die die Rolle der lebendigen Arbeit verringern, ist eine hohe Flexibilität der Kampfformen unabdingbar, die von rollierenden Wechselstreiks, punktuellen und zeitweiligen Eingriffen in die Arbeitsorganisation, Streikformen am Arbeitsplatz bis zu Blockadeaktionen gegen Streikbruch u. a. m. reichen (vgl. IG Druck und Papier-Konzept). Der hohe Vergesellschaftungsgrad von Produktion, Verwaltung und Kommunikationssystemen mit immer komplexeren Vernetzungsstrukturen schafft zugleich zahlreiche hochsensible und störanfällige Eingriffspunkte für Streikmaßnahmen. Die »Strategie der Nadelstiche« der IG Metall (1984) ist dafür ebenso wie die Streiks in den Bankenrechenzentren (1987) oder etwa die Bestreikung der »Tagesschau« beim NDR (1988) ein Beleg.

– Zumindest in Ansätzen widerspiegeln sich in der Arbeitskämpfpraxis die Umbrüche in Sozial- und Belegschaftsstrukturen. Während in einigen Streiks (1984) die Einbeziehung neuer Angestelltengruppen in den klassischen Industriebereichen eher schwieriger geworden war, belegen die Arbeitskämpfe bei den Banken und anderen Bereichen des tertiären Sektors, Streiks bei der Lufthansa, im Schulwesen und in den Sendeanstalten eine Tendenz der Ausweitung zu neuen Lohnabhängigengruppen. Für die Perspektive des Arbeitskampfes liegt in der Verbreiterung der sozialen Basis eine Schlüsselaufgabe, denn nur durch eine erfolgreiche »Bündnispolitik« im Betrieb, die Neu-

tralisierung potentieller Streikbruchgruppen und die Schaffung eines breiten sympathisierenden Umfeldes sind die neuen Gefahren eines technologisch erleichterten Streikbruchs zu konterkarieren. Aber auch der punktuelle Streik von Spezialisten bedarf einer solchen kollektiven Einbettung.

– Die neue Kultur der Gegenwehr, die sich in der verstärkten Aufnahme zahlreicher phantasievoller Aktions- und Kulturelemente andeutet und eindeutig durch die Ausdrucksformen der außerparlamentarischen Bewegungen mit geprägt wird, hat das traditionelle, oftmals ritualisierte und unpolitische Arbeitskämpfverständnis verändert. Sie ist am stärksten in den betrieblichen Abwehrkämpfen einschließlich neuer Formen der Militanz zu beobachten. Hierin kommen auch neue Bedürfnisse der Lohnabhängigen nach Partizipation, Selbsttätigkeit, Entfaltung kultureller Aktivitäten und Formung solidarischer Beziehungen zum Ausdruck, die als Veränderungs- und Demokratisierungsimpulse in der gewerkschaftlichen Alltagspraxis zum Tragen kommen können.

– Bei aller Unterschiedlichkeit der Streikansätze ist eine generelle Tendenz der Politisierung zu konstatieren. Hierin drückt sich zum einen die unmittelbare gewerkschaftliche Reaktion auf die aggressiveren Kapitalstrategien und staatlichen Einschränkungen der Streikfähigkeit aus. Neue Kampfformen gegen die Aussperrungsmilitanz der Unternehmer (Betriebsbesetzungen u. ä.) sowie breite Solidaritätsbewegungen gehören zu den neuen gewerkschaftlichen Antworten. Zum anderen reflektiert sich in dieser politischen Dimension der Arbeitskämpfe die Konfrontation mit dem heutigen Niveau staatlicher Regulierung der Arbeitskraftreproduktion und ökonomischen Krisenpotentiale sowie der politisch-ideologischen Herrschaftssicherung. Eine solche bewußte Politisierungstendenz, wie sie in den betrieblichen Abwehrkämpfen und dem Konzept des »Arbeitskampfes als soziale Bewegung« nachgewiesen wurde, gehört zu den Grundcharakteristika heutiger autonomer Gewerkschaftspolitik.

Gerade auch deshalb ist die gewerkschaftliche Arbeitskampffähigkeit ins Visier einer konservativen Offensive auf dem Ge-

biet der Gesetzgebung wie der Rechtsprechung geraten, die von breiten und medienwirksamen ideologischen Kampagnen begleitet wird. Neben der Sanktionierung der Aussperrung sowie des Streikbrucheinsatzes von Beamten im öffentlichen Dienst und der erläuterten Novellierung des § 116 AFG, d. h. der Verschärfung der »kalten Aussperrung«, umfaßt dies vor allem Versuche, mit Hilfe des Strafrechtes neue Kampfformen wie Betriebsbesetzungen, Blockaden bei Streikbruch, Streikposten stehen u. ä. m. zu illegalisieren sowie das Arbeitskampfrecht selbst wieder restriktiver zu fassen.²⁵ Markantestes Beispiel dafür ist die »Warnstreik-Entscheidung« des Bundesarbeitsgerichts vom 21. 6. 1988, die entgegen früherer Rechtsprechung des BAG den Warnstreik auch dem »Ultima-ratio«-Prinzip unterwerfen will und sich damit ausdrücklich gegen das gewerkschaftliche Konzept der »Neuen Beweglichkeit« richtet.²⁶

In der Auseinandersetzung um Arbeitskampfrecht und gewerkschaftliche Streikfähigkeit entscheiden sich Existenzfragen der Gewerkschaftsbewegung; das bestimmt den strategischen Stellenwert dieses Konfliktfeldes. Autonome Gewerkschaftspolitik, deren Hauptachse die reale Kampffähigkeit ist, wird sich auf diesem Feld unter den Bedingungen des Umbruchs bewähren müssen.

Anmerkungen:

1 Vgl. W. Dzielak u. a., Belegschaften und Gewerkschaften im Streik, Frankfurt/New York 1978, S. 502.

2 Vgl. das Forum der Grünen zum Thema »Die Zukunft des Streiks – Der Streik der Zukunft« am 14./15. 11. 1986 in Köln, das Symposium der Hochschule für Wirtschaft und Politik »Technikentwicklung und Streik« vom 22.–23. 9. 1988 in Hamburg sowie die wissenschaftliche Tagung des DGB zum Arbeitskampfrecht am 17./18. 3. 1987 in Ludwigshafen; Vgl. hierzu G. Muhr (Hrsg.), Streikrecht, Demokratie und Sozialstaat, Köln 1987.

3 Zur Kritik der Streikstatistik und zum Versuch einer umfassenderen Erfassung der Arbeitskämpfe vgl. K. Pickshaus, Streikentwicklung unter Krisenbedingungen 1975 bis 1984. Umfang, Schwerpunkte und neue Tendenzen, in: F. Deppe u. a. (Hrsg.), Streik. Widerstand gegen Kapital und Kabinett, Frankfurt/Main 1985, S. 324 ff., hier: S. 329/330.

4 Vgl. H. Bömer u. a., Neue Beweglichkeit – neue Impulse? Betriebs- und Tarifikämpfe 1980/81, Soziale Bewegungen Heft 11, Frankfurt/Main 1982.

5 Vgl. G. Hautsch/K. Pickshaus/K. Priester, *Der Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche, Soziale Bewegungen* Heft 16, Frankfurt/Main 1984.

6 Die Zäsur, die dieser Sozialkompromiß von 1987 mit der sich anschließenden dreijährigen Tarifpause für die Entwicklung der Klassenbeziehungen bedeutet, ist als »Ende eines gewerkschaftlichen Kampfzyklus« interpretiert worden. Vgl. Witich Roßmann, *Renaissance der Sozialpartnerschaft? Arbeitszeitkompromiß 1987 und die Perspektiven der Gewerkschaftspolitik*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6/1987, S. 779 ff.

7 Vgl. hierzu K. Pickshaus, *Das Flexibilisierungskonzept des Kapitals und die Perspektive des Kampfes um das Normalarbeitsverhältnis*, in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF* 13, Frankfurt/Main 1987, S. 200 ff.

8 Vgl. zusammenfassend K. Pickshaus, *Arbeitskampf als soziale Bewegung – politische Aspekte einer Streikstrategie*, in: F. Deppe u. a. (Hrsg.), *Streik, a. a. O.*, S. 121 ff.

9 Hierzu vgl. K. Lang, *Arbeitskampf im Wandel der Tarifpolitik*, in: *WSI-Mitteilungen* 9/1982, S. 543 ff. Hans Janßen (IGM-Vorstand) bezeichnete die neue Beweglichkeit als »Möglichkeit zur dauerhaften Störung überlieferter sozialpartnerschaftlicher Verhaltensweisen in den Betrieben«. (*Der Gewerkschafter*, Nov. 1981), während Dieter Kirchner (Gesammetall), sie als »Streiks, die mehr als nur Geld kosten« charakterisierte. (*Handelsblatt* v. 2./3. 1. 1982).

10 Hans Janßen, in: *Der Gewerkschafter* 12/1983, S. 58 f.

11 Vgl. hierzu ausführlich G. Hautsch u. a., *Der Arbeitskampf . . . a. a. O.*

12 Vgl. hierzu H. Schauer, *Thesen zum Stand der gewerkschaftlichen Diskussion*, in: *IG Metall* (Hrsg.), *Tarifpolitik im Strukturwandel. Materialband Nr. 6 der Diskussionsforen »Die andere Zukunft: Solidarität und Freiheit«*, Köln 1988, S. 155 ff.

13 Berechnungen nach eigenen Erhebungen im »Archiv Soziale Bewegungen des IMSF«. Vgl. auch die Tabelle 5 in K. Pickshaus, *Streikentwicklung unter Krisenbedingungen*, in: F. Deppe u. a. (Hrsg.), *Streik, a. a. O.*, S. 330.

14 Vgl. die damalige Analyse des IMSF: H. Bär u. a., *Betriebsbesetzung – eine Kampfform zur Sicherung von Arbeitsplätzen*, Frankfurt/Main 1976.

15 Vgl. G. Hautsch/B. Semmler, *Betriebsbesetzung, Soziale Bewegungen* Heft 13, Frankfurt/Main 1983; F. Fiehler/H. Geißelbrecht, *Werftbesetzung und Umbruchperiode*, in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF* 7, Frankfurt/Main 1984, S. 60 ff. und H. Ziegenfuß u. a. (Hrsg.), *Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren*, Hamburg 1984.

16 Eigene Erhebungen im »Archiv Soziale Bewegungen im IMSF«. Vgl. hierzu die Tabelle »Betriebsbesetzungen in der BRD 1972–1983« in: G. Hautsch u. a., *Der Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche, a. a. O.*, S. 33.

17 Vgl. zur genaueren Fallanalyse H. v. Barga u. a., *Vom Widerstand zur Reformbewegung? Soziale Bewegungen in Krisenregionen und -branchen*, Arbeitsmaterialien des IMSF Nr. 30, Frankfurt/Main 1988.

18 *IG Metall, Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung. Stellungnahme zum Initiativantrag Nr. 4*, in: *Der Gewerkschafter – Dokumentation* Nr. 4/1988, S. VIII.

19 Vgl. hierzu insbesondere K. Pickshaus/G. v. Randow, *Bilanz der Bewegungen. Zu Fragen der Strategie*, in: H. v. Barga u. a., *Vom Widerstand zur Reformbewegung?*, a. a. O., S. 109 ff.

20 Vgl. hierzu W. Hindrichs/C. Mäulen/G. Scharf, *Zunehmende Erschwerung gewerkschaftlicher Streikfähigkeit aus sozialwissenschaftlicher Sicht*, in: G. Muhr (Hrsg.), *Streikrecht, Demokratie und Sozialstaat*, a. a. O., S. 57 ff.

21 Vgl. M. Balder, *Kampferfahrungen und Lehren am Beispiel der IG Druck und Papier unter Berücksichtigung des Streiks 1984*, in: F. Deppe u. a. (Hrsg.), *Streik, a. a. O.*, S. 38 ff.

22 Vgl. W. Hindrichs u. a. *Die Veränderung von Belegschaftsstrukturen und ihre Auswirkung auf gewerkschaftliche Arbeitskämpfungsfähigkeit*, in: *WSI-Mitteilungen* 1/1988, S. 28 ff.

23 Vgl. L. M. Büchner, Verbot des Streikeinsatzes von Beamten, in: G. Muhr (Hrsg.), Streikrecht, Demokratie und Sozialstaat, a. a. O., S. 181 ff.

24 Vgl. W. Olle, Neue Dimensionen der Produktionslogistik, in: WSI-Mitteilungen 4/1986, S. 312 ff.

25 Zu neueren Tendenzen des Arbeitskampfrechtes vgl. U. Zachert/M. H. Bobke, Koalitions-, Tarif- und Arbeitskampfrecht, in: M. Kittner (Hrsg.), Gewerkschaftsjahrbuch 1988, Köln 1988, S. 345 ff. Zum Strafrecht im Arbeitskampf vgl. L. Zechlin, Streik, Strafrecht, Polizei, Köln 1986.

26 Vgl. U. Hammer, Der Warnstreik im System des Arbeitskampfrechts, in: Der Personalrat 12/1988, S. 317 ff.